

Beirat Walle: Erhalt der „Recycling-Station Findorff,„

Entwurf

Der Beirat möge beschließen:

1. Wir nehmen den Beschluß des Verwaltungsrates der Bremer Stadtreinigung vom 25.11.2020 zur Kenntnis.
2. Der Beirat drückt seinen Unmut darüber aus, bei den Planungen zu den Umstrukturierungen der Recyclingstationen im Vorfeld nicht ausreichend beteiligt worden zu sein. Das Umweltressort wird aufgefordert, bei Anpassungen des Angebotes im Zusammenhang mit Recyclingstationen im Beiratsgebiet Findorff den Beirat Walle grundsätzlich im Vorfeld mit zu beteiligen.
3. Der Beirat-Walle fordert wie der Beirat Findorff die Bremer Stadtreinigung (DBS) auf, die Recycling-Station Findorff spätestens am 04.Januar 2021 vollumfänglich und auch zu den gewohnten Öffnungszeiten, wieder für die Bürgerinnen und Bürger im Bremer Westen zu öffnen.
4. Der Beirat Walle erklärt die Unterstützung der Forderung in diesem Zusammenhang aus dem Beirat Findorff vom 17.11.2020 einschließlich der Begründung.
5. Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau und Bau wird aufgefordert, die geplanten Einschnitte in das Angebot der Recyclingstation Findorff vollumfänglich zurückzunehmen und sowohl das Angebot der Annahme von Abfallarten, als auch die Öffnungszeiten auf dem derzeitigen Niveau zu belassen.
6. Weiterhin wird das Umweltressort aufgefordert, den langfristigen Fortbestand des Standortes, mit dem bestehenden Leistungsspektrum (ohne Corona-Pandemie) einzusetzen und darauf hinzuwirken.

Begründung:

Wir sind enttäuscht über die geplante Teilschließung des Standortes an der Kissinger Straße und über die mangelhafte Konsultation mit den BürgerInnen und den Beiräte.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang an den Abschnitt **Demokratie, Bürgerbeteiligung und Beiräte** aus der Koalitionsvereinbarung für die 20. Wahlperiode, insbesondere zur Absicherung der Informationsrechte der Beiräte gegenüber den Senatsressorts und der „kooperative Umgang mit den Anliegen aus den Stadtteilen, (Zeilen 5254-5255) sowie zur „Vorhabenliste“ als Instrument der Bürgerbeteiligung (Zeile 5285).

Der Beirat Walle weist auf die Bedeutung der Recycling-Station Findorff auch für den Stadtteil Walle (und Gröpelingen) hin. Der Standort direkt am Utbremer-Verteilerkreisel spricht für den absoluten Fortbestand und die Aufrechterhaltung der Station und des Leistungsangebotes. Eine Schließung des Standortes an der Kissinger Straße würde vor allem die Menschen treffen, die mangels Mobilität nicht andere Standorte aufsuchen können.

Beirat Walle: Erhalt der „Recycling-Station Findorff,“

Seit der Eröffnung im Jahr 1995 ist der Recyclinghof unverzichtbar auch für die Wallerinnen und Waller. Er ist mit dem Rad, mit dem Handwagen oder (Aussage Personal) mit der Schubkarre, aber eben auch mit dem PKW, ohne Probleme zu erreichen. Zudem trägt der angegliederte Laden zur Wiederverwertung gebrauchter Gegenstände bei.

Eine Nutzung anderer Recycling-Stationen außerhalb von Walle und Findorff würde zwangsläufig ein deutlich höheres Aufkommen von PKW-Verkehr beinhalten. Ferner ist zu erwarten, dass die Schließung zu einem weiteren Anstieg der illegalen Müllentsorgung im Stadtteil führen würde.

Aus den uns derzeit zugänglichen Information zum „Entwicklungsplan 2024“ ist zu sehen, dass:

- Die Externalisierung der Kosten einer Teilschließung des Findorffer Standortes zu Lasten der Umwelt und der BürgerInnen und anderer Behörden ginge und aus Beiratssicht nicht akzeptabel ist. Dieser betriebswirtschaftliche Fokus mag für einen *Betrieb* wie die Stadtreinigung in Ordnung sein Aus Sicht der öffentlichen Hand ist sie reduziert und langfristig teuer. Monetär und politisch!
- Auch wird ein falsches verkehrspolitisches Signal gegeben, wenn die Großanlagen Blockland und Osterholz zumutbar nur mit dem PKW zu erreichen sind.
- Investition in die Entwicklung der Kleingarten Gebiete Findorff und Walle, die ohnehin marginal sind, werden durch zunehmende (befürchtete) Vermüllung konterkariert.
- Außerdem sind die nachgelagerten Kosten für UBB, oder andere Entsorger – die den nun vermehrt zu erwartenden illegal Müll (nicht getrennt!) entsorgen müssen, in einem umfassenden, stadtteilübergreifendem Modell gegen-, bzw. einzurechnen.
- Dazu gehören auch Kosten des Gesundheitsamts bei eventuellen Rattenplagen.
- Wir regen an, darüber nachzudenken, dass die aus der Verteilung der Investitionen bzw. Kürzungen sich ergebenden Recycling-Standorte in Bremen Rückschlüsse darauf zuließe, dass eine soziale Bewertung nach Wählerin Stimmen stattgefunden hat. In ökonomisch eher privilegierten Quartieren wie im Hulsberg oder in der Neustadt und anderen, ähnlichen Gegenden wird investiert. Da wo eine ohnehin geringe Beteiligung an Wahlen festzustellen ist oder die Nachbarschaft gar nicht erst wählen darf, wird noch mehr Müll rumliegen und wohl zu weiterer gesellschaftlicher Teilung und Xenophobie führen.

Die Fraktionen von SPD, B90/Grüne, DIE LINKE, CDU, FDP
im Beirat Walle
30. November 2020